

Ostmitteleuropas Presse-Umwandlung - vom Westen her gesehen

Autor(en): **Oplatka, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **4 (1992)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-833028>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ostmitteleuropas Presse-Umwandlung - vom Westen her gesehen

Andreas Oplatka

Es wäre vermessen, wollte ich als westeuropäischer Journalist in Anwesenheit ostmitteleuropäischer Kollegen hier besser beurteilen wollen, wie sich die Lage der Presse in der östlichen Hälfte des Kontinents ausnimmt, als dies die direkt Beteiligten selber tun. Die Rede soll darum an Hand einiger Beispiele ausdrücklich von der westlichen Perspektive sein.

Das vor einigen Tagen vom russischen Präsidenten ausgesprochene Verbot der «Prawda» ist ein solches Beispiel, das als Problematik in manchem ehemals kommunistischen Land wiederkehrt. Soll man das Machtinstrument der alten Macht unangetastet lassen? Ziemen sich Verbote für eine Demokratie? Kann man aber von den Journalisten des ehemaligen Parteiblattes gegenüber der neuen Demokratie Loyalität erwarten? Und wird sie echte Loyalität sein oder das Werk von «Wendehälsen», die ihre Positionen zu retten suchen? Und wenn man das Blatt einstellt, wenn man Journalisten der Parteipresse - oder des früheren parteiamtlichen Staatsfernsehens und Radios - entlässt, setzt man sich da nicht dem Vorwurf aus, man betreibe eine «Hexenjagd»? Hinzu kommt, dass die früheren Organe der Staats- und Parteimacht eben technisch die bestausgestatteten, ihre Journalisten die bestausgebildeten sind. Was soll mit ihnen geschehen - das Dilemma der jungen Demokratie ist gewaltig.

Pluralismus der Medien soll eine neue Ordnung entstehen lassen, dies ist die übliche Antwort. Aber die Umwandlung alter oder die Schaffung neuer Presseorgane kann nicht von einem Tag auf den anderen erfolgen. Technische Mittel - vom Computersatz bis zum Vertriebsnetz - fehlen, und es fehlt an Kapital. Kapitalarmut ist allgemein ein Kennzeichen der Schwierigkeiten in den neuen Demokratien, und der Zug trifft auf die Presse auch zu. Neue Organe haben entsprechend grosse Mühe, gegenüber den alten Fuss zu fassen.

- Ausländische Beteiligung ist vielen Orts vorhanden. Der Medienmarkt in Osteuropa hat sich als einer der attraktivsten erwiesen. Das hat seine guten und zweifelhaften Seiten. Es spricht für Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft dieser Länder. Die Uebernahme von Medien durch Ausländer schafft aber auch Pressekonzentration - bevor entsprechende Gesetze vorhanden wären - sie bringt die Gefahr mit sich, dass fremde Besitzer Zeitungen nach ihren politischen Vorstellungen modellieren wollen, ohne die politische Landschaft eigentlich zu kennen, und ausländisches Kapital hat schliesslich bereits in beträchtlichem Mass die Boulevardisierung bewirkt. Letztere ist bis zu einem gewissen Mass in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, wo Pressefreiheit herrscht, gewiss unvermeidlich, ist der Preis besagter Freiheit. Sorge bereitet aber gegenwärtig die Perspektive, dass manche durch die Förderung der Boulevardpresse rasch Geld verdienen wollen und dass in den gegenwärtig ökonomisch schweren Zeiten, da der osteuropäische Mittelstand von Verarmung bedroht wird, gerade die seriöse Meinungspresse zu wenig Beachtung und Förderung findet.

und den Medien gestört. Unübersehbar sind schlechte alte Reflexe auf allen Seiten. Die neuen Regierungen - vorab in Rumänien, teils aber auch in Polen - scheinen es als eine Selbstverständlichkeit zu betrachten, dass das in der Breitenwirkung stärkste Medium, das Fernsehen, im Dienste der Exekutiven stehen muss. (Das Problem ist allerdings auch im Westen nicht gelöst, wir kennen - man denke an Frankreich - den Wechsel ganzer Fernsehdirektionen nach Wechseln an der Staatsspitze.) Althergebrachte Mechanismen und Reflexe aus kommunistischer Zeit wirken auch bei den jungen Demokraten an der Macht nach; die Regierung wird für unangreifbar gehalten, Kritik als Bösartigkeit und Majestätsbeleidigung ausgelegt. Es gibt aber auch alte Haltungen auf Seiten der Journalisten. Hier lebt der Glaube fort, der mutige Presseemann müsse auf jeden Fall gegen die Regierung eingestellt sein. Zu tun hat das mit einem historisch begründeten Faktum: mit der Staatsfeindlichkeit der Osteuropäer. Paradebeispiel eines solchen Konflikts aus gegenseitigem falschem Verständnis ist das der ungarischen Zeitung «Magyar Nemzet».

Was können wir tun, wir im Westen? Als Kollegen, Bürger und solidarische Europäer? Worin könnte unser Beitrag zur Unterstützung der neuen ostmitteleuropäischen Medien bestehen? Wir können und sollen Kontakte pflegen. Wir können Einblick und Ausbildungshilfe gewähren, teils auch - dies ist in manchen Fällen auf bemerkenswerte Weise geschehen - zur Modernisierung technischer Betriebe in Osteuropa beitragen. Ich bin indessen der Meinung, dass es völlig falsch wäre, wollten wir in Westeuropa glauben, wir seien an Wissen und Bildung den östlichen Kollegen überlegen, sie bedürften gleichsam unserer politischen Entwicklungshilfe. Ohne Hinweis auf einzelne Länder bin ich der Ansicht, dass allgemein das Niveau der osteuropäischen Meinungspressen von einer beachtlichen Qualität ist. Insbesondere von der Berichterstattung über die Region selber, etwa von der Art, wie in Mitteleuropa die Ereignisse in der UdSSR analysiert werden, können wir im Westen manches dankbar lernen. Wünschenswert wäre, dass diese hohe Qualität erhalten bleibt und nicht der - selbstverständlich nötigen - neuen Ausrichtung auf den Westen zum Opfer fällt.

Helfen, so scheint mir, können wir westliche Presseleute nicht in erster Linie unseren Kollegen (oder eher: bei der direkten Unterstützung sind unsere Mittel begrenzt). Dagegen können wir einen Beitrag erbringen, wenn wir die westliche Öffentlichkeit allgemein auf die Notwendigkeit hinweisen, unsere Staaten müssten jetzt den jungen Demokratien beistehen. Und damit meine ich handfeste finanzielle Hilfe, so wie sie die westlichen Länder Europas nach dem Krieg von den vereinigten Staaten schliesslich selber erhalten haben. Nur wenn die ost- und mitteleuropäischen Länder wirtschaftlich, sozial und damit auch politisch gesunden, nur bei Ueberwindung der jetzt begonnenen schweren Uebergangszeit wird es einen ebenfalls konsolidierten Mittelstand geben, jenen eben, dessen Mitglieder als Bürger eine seriöse Meinungspressen benötigen. Unsere Hilfe an die Medien Ostmitteleuropas muss in erster Linie indirekt erfolgen im Rahmen westlicher Unterstützung an jene Länder, die ihre Freiheit zwar neu gewonnen haben, in denen aber diese Freiheit noch gebrechlich ist.